



## Die Missverständenen?

### Die Visegrád-Staaten und die Konferenz zur Zukunft Europas

*Alexander Beribes*

- › Die Visegrád-Gruppe des Jahres 2021 ist eine Gelegenheitsallianz aus der Tschechischen Republik, Polen, der Slowakei und Ungarn, wobei Polen und Ungarn das Format dominieren und es oft ihren nationalen Interessen unterordnen.
- › Für die ostmitteleuropäischen Staaten bedeutet Europa nach den leidvollen Erfahrungen des 20. Jahrhunderts insbesondere einen sicheren Hafen für die eigene Souveränität.
- › Im Rahmen der Zukunftskonferenz muss man zwischen unbequemen Positionen und solchen, die dem Geiste der EU grundsätzlich widersprechen, differenzieren.
- › Die tschechische EU-Ratspräsidentschaft 2022 bietet Anlass, sich mit den Positionen der Visegrád-Staaten näher auseinanderzusetzen und Kooperationspotenziale intensiver auszuschöpfen.

## Inhaltsverzeichnis

Einleitung .....	2
Einer für alle, alle für einen? .....	3
Vorstellungen zur Zukunft Europas .....	5
EU-Ratspräsidentschaft der Tschechischen Republik 2022 .....	6
Schlussteil: Gute Europäer, schlechte Europäer? .....	6
Impressum .....	9

Die Konferenz zur Zukunft Europas soll am 9. Mai 2021 beginnen. Ziel des Bürgerbeteiligungsprozesses ist es, der Frage nachzugehen, was in Europa besser werden muss und welche Rolle es international spielen soll. Die Spitzen der Europäischen Kommission, des Europäischen Parlaments und des Rates der Europäischen Union als Vertretung der Mitgliedstaaten werden am Ende entscheiden, wie mit den Ergebnissen umgegangen werden soll. In dem Zusammenhang ist es sinnvoll, sich mit den Einstellungen der EU-Staaten zur Zukunft Europas zu befassen. In diesem Papier stehen die Visegrád-Staaten im Fokus, die insbesondere in Westeuropa häufig als Störenfriede wahrgenommen werden. Die Wirklichkeit ist allerdings komplexer.

## Einleitung

Die Covid-19-Pandemie überschattet seit mehr als einem Jahr den europapolitischen Diskurs. Die Konferenz zur Zukunft Europas – ursprünglich ein Vorschlag des französischen Präsidenten Emmanuel Macron – bietet nun Gelegenheit, neu über das Selbstverständnis Europas nachzudenken und neuen Elan in die europapolitische Diskussion zu bringen.

Die Zukunftskonferenz soll eine Ideenschmiede sein und auf den bisherigen Erfahrungen aus Formaten zur Bürgerbeteiligung auf europäischer Ebene aufbauen. Hier sind unter anderem die zahlreichen Bürgerdialoge der Europäischen Kommission zu nennen, die seit 2012 in allen Ländern der EU stattfinden.<sup>1</sup> Sie umfasst auch neue Bausteine, so beispielsweise ein Online-Portal, das allen Bürgerinnen und Bürgern ermöglichen soll, an dem Diskussionsprozess in allen offiziellen EU-Sprachen teilzunehmen.

Der Selbstanspruch des Vorsitzes der Zukunftskonferenz besteht auch darin, verschiedene Zukunftsvorstellungen zusammenzubringen. Eine Herkulesaufgabe. Fürsprecherinnen und Fürsprecher des europäischen Föderalismus streben einen europäischen Bundesstaat an. Nationalkonservative wollen die EU hingegen als ein Bündnis von Nationalstaaten verstanden wissen.

Die verschiedenen Auffassungen davon, wie die EU in Zukunft aussehen soll, waren zuletzt wieder in den Verhandlungen um den EU-Haushaltsrahmen 2021 bis 2027 und den EU-Wiederaufbaufonds ersichtlich. Dabei stand insbesondere die Visegrád-Gruppe (V4) im Fokus, deren Positionen von vielen als unruhestiftend wahrgenommen wurden.

Die Visegrád-Staaten agieren häufig gemeinsam in europapolitischen Angelegenheiten. So haben sich ihre Regierungschefs in Krakau anlässlich des 30. Jahrestages der V4 im Februar 2021 darauf verständigt, auch im Rahmen der Zukunftskonferenz zusammenzuarbeiten.<sup>2</sup>

Das Verbindende  
suchen.

Wie ist diese Ankündigung einzuordnen? Für welches Europa stehen die Visegrád-Staaten und ist es angemessen, im Falle der V4 von einem Bündnis zu sprechen? Diesen Fragen will das Papier nachgehen.

## Einer für alle, alle für einen?

Milan Kundera schrieb in seinem Essay *Die Tragödie Zentraleuropas* von 1984, dass die Polen, Slowaken, Ungarn und Tschechen der zerbrechlichste Teil des Westens seien.<sup>3</sup> Dies sei damit verbunden, dass Mitteleuropa aus dem Bewusstsein des Westens verschwunden sei.

Nach dem Zusammenbruch des Sozialismus setzten sich Polen, Ungarn und die Tschechoslowakei das strategische Ziel, Teil der europäischen Staatengemeinschaft und der NATO zu werden. Zur Abstimmung des euroatlantischen Integrationsprozesses wurde die V4 im Februar 1991 in Visegrád auf Anregung<sup>4</sup> des ungarischen Ministerpräsidenten József Antall ins Leben gerufen.<sup>5</sup> Für die Visegrád-Staaten bedeutete „Europa“ nach den leidvollen Erfahrungen des 20. Jahrhunderts insbesondere einen sicheren Hafen für die eigene Souveränität. Dieses Europaverständnis war so im „Westen“ nicht präsent. Im europapolitischen Diskurs dominierte stattdessen die Erzählung von Europa als Friedensprojekt.

Europa als sicherer  
Hafen für die eigene  
Souveränität.

---

Die V4 ist seit ihrer ersten Stunde ein loses Koordinierungsformat. Einzige Institution ist der gemeinsam finanzierte Internationale Visegrád-Fonds mit Sitz in Bratislava. Dieser setzt sich seit der Jahrtausendwende auch dafür ein, die zwischengesellschaftliche Zusammenarbeit durch die Förderung von Vorhaben und Stipendien zu festigen. Passend zum 30. Jubiläum der V4 in diesem Jahr beschlossen die Regierungschefs, das Jahresbudget auf zehn Millionen Euro ab 2022 zu erhöhen. Dies bedeutet eine Steigerung um drei Millionen Euro innerhalb von zehn Jahren.<sup>6</sup>

Loses Koordinie-  
rungsformat

---

Die Visegrád-Gruppe ist allerdings nicht nur ein nach innen gerichteter Koordinierungsrahmen. So werden inzwischen vor den Sitzungen des Europäischen Rates und des Rates für Allgemeine Angelegenheiten Abstimmungsgespräche durchgeführt, die aber nicht immer zu einer einheitlichen Position führen. Zudem finden im „Visegrád-Plus“-Rahmen Konsultationen mit politischem Spitzenpersonal anderer europäischer Länder und darüber hinaus statt.

Hinzuweisen ist auch auf die militärische Dimension der Zusammenarbeit. 2011, 20 Jahre nach der Gründung der V4, wurde die Aufstellung eines EU-Kampfverbandes („EU-Battlegroup“) seitens der Visegrád-Staaten beschlossen. EU-Kampfverbände sind seit 2007 Teil des EU-Instrumentariums zur Krisenreaktion und sollen innerhalb von zehn Tagen in einem Radius von bis zu 6.000 km rund um Brüssel einsatzbereit sein. Die von Polen geführte „EU-Battlegroup“ der Visegrád-Staaten stand bereits 2016 und 2019 in ständiger Bereitschaft. 2023 wird sie erneut Verantwortung übernehmen.

2023 wird die „EU-  
Battlegroup“ der  
Visegrád-Staaten  
zum dritten Mal in  
ständiger Bereitschaft  
stehen.

---

Es besteht kein Konsens darüber, ob die V4 auch anderen Staaten offenstehen soll. Insbesondere die Tschechische Republik und die Slowakei plädieren für die Aufnahme von Österreich in die Gruppe. Da dies politisch bislang nicht umsetzbar ist, wurde 2015 auf Ebene der Regierungschefs das lose „Austerlitz“-Format mit Österreich ins Leben gerufen.

Bundeskanzlerin Merkel hat 2019 und 2020 an Treffen der Visegrád-Staaten teilgenommen. Wie eng die Beziehungen zwischen Deutschland und den ostmitteleuropäischen Ländern inzwischen sind, macht die Tatsache deutlich, dass die V4 unser wichtigster Handelspartner ist, noch vor China und weit vor Russland.

Rang	Partnerland / Partnerländer	Umsatz (Exporte + Importe) in 1.000 EUR
1	Visegrád-Staaten	286.638.807
2	Volksrepublik China	212.388.589
3	Niederlande	172.724.935
4	Vereinigte Staaten von Amerika	171.567.879
5	Frankreich	147.520.532

Statistisches Bundesamt. Rangfolge der Handelspartner im Außenhandel der Bundesrepublik Deutschland (2020).<sup>7</sup>

Besondere Aufmerksamkeit erfuhr die V4 im Zusammenhang mit der Flüchtlings- und Migrationskrise beginnend ab 2015. Die europäischen Innenminister beschlossen am 22. September 2015 durch Mehrheitsbeschluss die Verteilung von 120.000 Flüchtlingen innerhalb Europas. Ungarn, die Tschechische Republik, die Slowakei und Rumänien wurden dabei überstimmt.<sup>8</sup> Polen stimmte zunächst als einziger Visegrád-Staat zu,<sup>9</sup> vollzog aber nach der Parlamentswahl einige Wochen später, bei der die nationalkonservative Partei Prawo i Sprawiedliwość (PiS, deutsch: Recht und Gerechtigkeit) als Siegerin hervorging, einen radikalen Kurswechsel. Schnell entstand in der europapolitischen Diskussion ein Bild vom unsolidarischen und zunehmend politisch isolierten Bündnis V4.

Ist dieses Bild zutreffend?

Obwohl die Visegrád-Staaten oft als monolithisch wahrgenommen werden, unterscheiden sie sich häufig in ihren Positionen. Unübersehbar sind die unterschiedlichen Perzeptionen von Russland. Kein anderer Regierungschef in der EU traf sich in den vergangenen Jahren so oft mit dem russischen Präsidenten Putin wie der ungarische Ministerpräsident Orbán. Der russische Präsident bezeichnete Ungarn bereits 2013 als sein „Vorzugsland in Zentral-europa“.<sup>10</sup> In der 2020 verabschiedeten nationalen Sicherheitsstrategie Polens wird Russland hingegen als gravierendste Bedrohung definiert.<sup>11</sup> Da die Differenzen innerhalb der V4 hinsichtlich der Beziehungen zu Russland enorm sind, versuchen die Visegrád-Staaten das Thema auszuklammern.

Die Visegrád-Staaten unterscheiden sich häufig in ihren Positionen.

Gemeinsames Vorgehen ist hingegen in Bezug auf den westlichen Balkan und die Länder der Östlichen Partnerschaft ersichtlich. Die Visegrád-Staaten messen diesen strategische Relevanz bei und unterstützen sie mit Geldern aus dem Internationalen Visegrád-Fonds. Beispielsweise gingen die meisten Studienstipendien 2018 an albanische Staatsbürgerinnen und Staatsbürger.

Die Euphorie hinsichtlich des Verhältnisses zu China, die noch vor wenigen Jahren in allen Visegrád-Staaten zu spüren war, hat nachgelassen. Deutlich wurde dies insbesondere im Zusammenhang mit dem „17+1“-Format, das 17 mittel- und osteuropäische Länder<sup>12</sup> sowie China umfasst. So war es zunächst unklar, ob alle Visegrád-Staaten an dem Gipfeltreffen im Februar dieses Jahres auf höchster Ebene vertreten sein würden, obwohl zum ersten Mal Chinas Präsident Xi Jinping anwesend war. Die Ernüchterung ist in erster Linie darauf zurückzuführen, dass das chinesische Investitionsverhalten und Investitionsvolumen unterhalb der Erwartungen blieb. Lediglich Ungarn sticht heraus. Es ist zur europäischen Basis für den umstrittenen chinesischen Konzern Huawei geworden. Die Shanghaier Fudan-Universität wird zudem einen Campus in Budapest eröffnen, die erste chinesische Universitätseinrichtung in der EU. Seinen Pragmatismus im Umgang mit China demonstrierte der ungarische Ministerpräsident Orbán, indem er sich öffentlichkeitswirksam mit dem chinesischen Impfstoff Sinopharm impfen ließ.

Unterschiede sind auch in innereuropäischen Zusammenhängen sichtbar, so beispielsweise mit Blick auf die „soziale Säule“ der EU. Hier dominieren allerdings weniger die nationalen, sondern die parteipolitischen Zugehörigkeiten.

## Vorstellungen zur Zukunft Europas

Am 1. Juli 2020 übernahm Polen für ein Jahr den wechselnden V4-Vorsitz.<sup>13</sup> Das polnische Präsidentschaftsprogramm bezeichnet die Konferenz zur Zukunft Europas als einen „passenden Rahmen zur Diskussion neuer Ideen“.<sup>14</sup>

Die Visegrád-Staaten haben bislang noch keine gemeinsame Position zur Zukunftskonferenz. Unterschiede in der Herangehensweise sind allerdings schon sichtbar. Die Tschechische Republik und die Slowakei lehnen Vertragsänderungen am Ende des Diskussionsprozesses ab. Polen und Ungarn unterstützen diese.

Noch keine gemeinsame Position zur Zukunftskonferenz.

Wie sieht das Europaverständnis dieser Länder aus?

Polen und Ungarn dominieren seit 2015 die Visegrád-Gruppe und nutzen sie als Forum, den europapolitischen Diskurs in ihrem Sinne zu beeinflussen. So ist die polnische PiS 2015 angetreten, um eine „Gute Veränderung“ („Dobra Zmiana“) einzuleiten. Dies will die Partei auch auf europäischer Ebene erreichen. Präsident Duda sprach 2018 davon, dass es Polen darum gehe, die EU zu reparieren und demokratischer zu machen, was für ihn bedeutet, den Nationalstaaten mehr Kompetenzen zu geben.<sup>15</sup> Im selben Jahr hielt Duda einen Vortrag an der Universität Zürich, in dem er seine Vorstellungen zur Zukunft Europas skizzierte.<sup>16</sup> Demnach basiere Europa auf drei Säulen:

- 1. Gemeinschaft der Gleichen:** Das Einstimmigkeitsprinzip dürfe man nicht aufgeben, da es die souveräne Gleichheit der EU-Staaten sicherstelle.
- 2. Gemeinschaft der Ethik:** Der Integrationsprozess habe eine moralische und eine administrative Dimension. Man dürfe Europa nicht nur auf Verträge reduzieren und den Vorrang europäischer Institutionen betonen. Die zentralen „vorpolitischen“ Werte in Europa seien Loyalität, Solidarität und Vergebung.
- 3. Freiheit:** Das Fundament der europäischen Demokratie seien die nationalen Regierungen. Europäische Institutionen können ihre Rolle nicht selbst bestimmen. Sie seien „Diener und nicht Herren europäischer Nationen“.

Die Rede des polnischen Präsidenten muss im Zusammenhang mit der Rede von Ministerpräsident Morawiecki im selben Jahr im Europäischen Parlament betrachtet werden, in der er dazu aufforderte, die Balance zwischen Nationalstaaten und der europäischen Ebene neu zu definieren.<sup>17</sup>

Der ungarische Ministerpräsident Orbán ergänzt das Narrativ eines „Europas souveräner Staaten“ um einen Ost-West-Gegensatz. So gebe es derzeit zwei Zukunftsvorstellungen: ein liberales, migrationsfreundliches Westeuropa und ein Zentraleuropa, das familienfreundlich sei und auf christlichen Traditionen basiere.<sup>18</sup>

Die Tschechische Republik und die Slowakei unterscheiden sich in ihrem Auftreten von Ungarn und Polen. So waren sie im Zusammenhang mit dem Konfrontationskurs von Budapest und Warschau im Rahmen der Verhandlungen um den EU-Haushaltsrahmen 2021 bis

2027 und den EU-Wiederaufbaufonds kaum präsent. Dies war keine Momentaufnahme. Die Slowakei folgt schon länger einem anderen Ansatz, was während ihrer EU-Ratspräsidentschaft 2016 besonders deutlich wurde. So wurde damals hinsichtlich des Umgangs mit der Flüchtlings- und Migrationskrise das Konzept der „flexiblen Solidarität“ ausgearbeitet. Bratislava signalisierte damit, dass es willens ist, eine Lösung zu suchen. Die Tschechische Republik setzte sich während ihrer letzten Präsidentschaft in der V4<sup>19</sup> zum Ziel, das Vertrauensverhältnis zu den europäischen Institutionen zu festigen und das Image der Visegrád-Gruppe zu verbessern.<sup>20</sup>

---

Verallgemeinerungen sind unangemessen.

## EU-Ratspräsidentschaft der Tschechischen Republik 2022

Zum 1. Juli 2022 übernehmen Frankreich,<sup>21</sup> die Tschechische Republik<sup>22</sup> und Schweden<sup>23</sup> für insgesamt 18 Monate die sogenannte Triopräsidentschaft im Rat der EU. Inzwischen steht fest, dass die Zukunftskonferenz während der französischen EU-Ratspräsidentschaft Schlussfolgerungen präsentieren soll. Dies ist allerdings nicht als Abschluss der Zukunftskonferenz zu verstehen, sondern als Zwischenstation, die den Prozess in eine neue Phase führen soll. Die Tschechische Republik wird in dem Zusammenhang im Rahmen ihrer EU-Ratspräsidentschaft zwischen den verschiedenen Positionen moderieren müssen. Unklar ist, wer dann die Regierung stellen wird, da für den Herbst dieses Jahres die Abgeordnetenhauswahl in der Tschechischen Republik anvisiert ist.

---

Die Themen der Visegrád-Gruppe werden 2022 durch die EU-Ratspräsidentschaft der Tschechischen Republik präsentiert.

Die tschechische EU-Ratspräsidentschaft bietet Anlass, sich mit den Positionen der Visegrád-Staaten näher auseinanderzusetzen und Kooperationspotenziale intensiver auszuschöpfen. Dabei ist darauf hinzuweisen, dass die Slowakei parallel zur tschechischen EU-Ratspräsidentschaft die Präsidentschaft in der V4 innehaben wird, wodurch ein eher kompromissorientiertes Vorgehen des Vorsitizes im europapolitischen Bereich abzusehen ist.

## Schlussteil: Gute Europäer, schlechte Europäer?

Die Visegrád-Gruppe des Jahres 2021 ist eine Gelegenheitsallianz. Die Visegrád-Staaten haben in der Vergangenheit bewiesen, dass sie in der Lage sind, ihre politischen Ressourcen ad hoc zusammenzuführen. Im Kern ist die Gruppe allerdings kein institutionalisiertes Format.

---

Gelegenheitsallianz

Die V4 hat sich von den Visionen ihrer Gründungsväter Lech Wałęsa, Václav Havel und József Antall entfremdet. Durch die europäische Integration sehen vor allem Budapest und Warschau – weniger Bratislava und Prag – die nationale Souveränität zunehmend bedroht. Ungarn und Polen betonen beständig, dass es erforderlich sei, zu den christlichen Wurzeln Europas zurückzukehren, die „der Westen“ vernachlässigt habe.

Die Zukunftskonferenz bietet die Chance, unterschiedliche Zukunftsvorstellungen zu diskutieren. Im Sinne des europäischen Pluralismus wird es allerdings wichtig sein, zwischen unbequemen Positionen und solchen, die dem Geiste der EU grundsätzlich widersprechen, zu differenzieren. Dabei darf man der Frage nach dem Verhältnis zwischen nationaler und europäischer Souveränität nicht ausweichen.

---

Differenzierung ist unerlässlich.

In seiner Rede vor dem Europäischen Parlament im Jahre 1988 sprach Papst Johannes Paul II. von den zwei Lungenflügeln Europas, dem östlichen und dem westlichen.<sup>24</sup> Europa brauche beide zum Atmen, so sein Narrativ damals. Die EU heute unterscheidet sich wahrlich von der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft des Jahres 1988, und dennoch ist der

Gedanke von Papst Johannes Paul II. zeitlos. Europa kann nur dann seine Erfolgsgeschichte fortschreiben, wenn es zusammenhält und die Unterschiede, die es prägen, nicht versucht glattzubügeln. Eine Unterteilung in gute und schlechte Europäer ist daher so unzutreffend wie schädlich.

Wenn man über die Rolle der V4 oder insgesamt der Staaten im östlichen Teil der EU spricht, sollte man die Frage der Sichtbarkeit dieser Länder in den europäischen Institutionen nicht außer Acht lassen. Polen hat bisher als einziges Land der östlichen EU einen Präsidenten des Europäischen Parlaments (Jerzy Buzek, 2009–2012) und einen Präsidenten des Europäischen Rates (Donald Tusk, 2014–2019) gestellt. Das derzeitige Spitzenpersonal der EU umfasst niemanden aus der östlichen EU. Es wäre wichtig, nach der Europawahl 2024 sicherzustellen, dass der östliche Teil der EU personell sichtbarer repräsentiert wird, gerade im Hinblick auf das 20. Jubiläum der EU-Osterweiterung.

Hinzu kommt noch ein weiterer Aspekt beim Thema Sichtbarkeit: Die Visegrád-Staaten sind 2004 zunächst Teil eines westeuropäischen Einigungsprozesses geworden. Lissabon, Nizza, Amsterdam, Maastricht sind Städte, in denen Verträge der EU unterzeichnet worden sind. Es würde den europäischen Zusammenhalt fördern, wenn der nächste Vertrag den Namen einer Stadt im östlichen Teil der EU trüge.

Das derzeitige  
Spitzenpersonal  
der EU umfasst  
niemanden aus der  
östlichen EU.

---

- 1 Der erste Bürgerdialog fand am 27. September 2012 im spanischen Cádiz statt.
- 2 Declaration of the Prime Ministers of the Czech Republic, Hungary, the Republic of Poland and the Slovak Republic on the Occasion of the 30th Anniversary of the Visegrad Group, 17.02.2021, [www.visegradgroup.eu/calendar/2021/declaration-of-the-prime](http://www.visegradgroup.eu/calendar/2021/declaration-of-the-prime) (Zugriff am 25.03.2021).
- 3 Vgl. Kundera, Milan: The Tragedy of Central Europe, in: New York Review of Books, Band 31, Nr. 7, 26.04.1984.
- 4 Vgl. Jeszenszky, Géza: The Idea of Central Europe and the Antall Government, [www.researchgate.net/publication/328508296\\_The\\_Idea\\_of\\_Central\\_Europe\\_and\\_the\\_Antall\\_Government](http://www.researchgate.net/publication/328508296_The_Idea_of_Central_Europe_and_the_Antall_Government), S. 113 (Zugriff am 16.04.2021).
- 5 Damals bestand die Visegrád-Gruppe aus drei Staaten (Tschechoslowakei, Polen und Ungarn). Die Tschechoslowakei löste sich am 1. Januar 1993 offiziell auf. Die Visegrád-Gruppe umfasste sodann die Tschechische Republik, Polen, die Slowakei und Ungarn.
- 6 Im Jahre 2012 umfasste das Jahresbudget des Internationalen Viségrad-Fonds sieben Millionen Euro. Vgl. Jahresbericht des Internationalen Viségrad-Fonds, 2012, [https://s3.eu-central-1.amazonaws.com/uploads.mangoweb.org/shared-prod/visegradfund.org/uploads/2018/01/ivf\\_annual\\_report\\_2012.pdf](https://s3.eu-central-1.amazonaws.com/uploads.mangoweb.org/shared-prod/visegradfund.org/uploads/2018/01/ivf_annual_report_2012.pdf) (Zugriff am 28.03.2021).
- 7 Vgl. Internetpräsenz des Statistischen Bundesamt (Destatis): Rangfolge der Handelspartner im Außenhandel der Bundesrepublik Deutschland, 2021, [www.destatis.de/DE/Themen/Wirtschaft/Aussenhandel/Tabellen/rangfolge-handelspartner.pdf?\\_\\_blob=publicationFile](http://www.destatis.de/DE/Themen/Wirtschaft/Aussenhandel/Tabellen/rangfolge-handelspartner.pdf?__blob=publicationFile) (Zugriff am 28.03.2021). Die Angaben der einzelnen Visegrád-Staaten wurden in dem Zusammenhang zusammengerechnet.
- 8 Finnland enthielt sich der Stimme.
- 9 Ministerpräsidentin war damals Ewa Kopacz (Plattform Obywatelska).
- 10 Internetpräsenz des Kremls: Meeting with Prime Minister of Hungary Viktor Orban, 2013, <http://en.kremlin.ru/events/president/news/17400>, (Zugriff am 28.03.2021).
- 11 Vgl. Internetpräsenz des Nationalen Sicherheitsbüros: Nationale Sicherheitsstrategie der Republik Polen, 2020, [www.bbn.gov.pl/ftp/dokumenty/National\\_Security\\_Strategy\\_of\\_the\\_Republic\\_of\\_Poland\\_2020.pdf](http://www.bbn.gov.pl/ftp/dokumenty/National_Security_Strategy_of_the_Republic_of_Poland_2020.pdf) (Zugriff am 28.03.2021).
- 12 Das Format bestand ursprünglich aus 16 Ländern. 2019 ist Griechenland hinzugekommen.
- 13 Ungarn übernimmt die Präsidentschaft der Visegrád-Gruppe am 1. Juli 2021.
- 14 Programm zur polnischen Präsidentschaft der Visegrád-Gruppe, [www.visegradgroup.eu/documents/presidency-programs/2020-2021-polish](http://www.visegradgroup.eu/documents/presidency-programs/2020-2021-polish) (Zugriff am 31.03.2021).
- 15 Vgl. Internetpräsenz des polnischen Präsidenten: President for „Bild am Sonntag“: We want to repair the Union, 2018, [www.president.pl/en/news/art,888,president-for-bild-am-sonntag-we-want-to-repair-the-union.html](http://www.president.pl/en/news/art,888,president-for-bild-am-sonntag-we-want-to-repair-the-union.html) (Zugriff am 31.03.2021).
- 16 Vgl. Internetpräsenz des polnischen Präsidenten: The Future of Europe: The Foundations of Unity of the States of Europe, 2018, [www.president.pl/en/news/art,874,he-future-of-europe-the-foundations-of-unity--of-the-states-of-europe.html](http://www.president.pl/en/news/art,874,he-future-of-europe-the-foundations-of-unity--of-the-states-of-europe.html) (Zugriff am 03.04.2021).
- 17 Vgl. Debate with the Prime Minister of Poland, Mateusz Morawiecki, on the Future of Europe, 2018, [www.europarl.europa.eu/doceo/document/CRE-8-2018-07-04-ITM-004\\_EN.html](http://www.europarl.europa.eu/doceo/document/CRE-8-2018-07-04-ITM-004_EN.html) (Zugriff am 03.04.2021).
- 18 Europe Uncensored – European Leaders on the Future of Europe, 2020, [www.youtube.com/watch?v=FxpFUIaD-1FU](http://www.youtube.com/watch?v=FxpFUIaD-1FU) (Zugriff am 03.04.2021).
- 19 1. Juli 2019–30. Juni 2020.
- 20 Kucharczyk, Mateusz: Czechy chcą zmiany wizerunku Grupy Wyszehradzkiej w Europie, 2019, [www.euractiv.pl/section/grupa-wyszehradzka/news/czechy-chca-zmiany-wizerunku-grupy-wyszehradzkiej-w-europie/](http://www.euractiv.pl/section/grupa-wyszehradzka/news/czechy-chca-zmiany-wizerunku-grupy-wyszehradzkiej-w-europie/) (Zugriff am 03.04.2021).
- 21 1. Januar–30. Juni 2022.
- 22 1. Juli–31. Dezember 2022.
- 23 1. Januar–30. Juni 2023.
- 24 Vgl. Internetpräsenz des Vatikans, [www.vatican.va/content/john-paul-ii/en/speeches/1988/october/documents/hf\\_jp-ii\\_spe\\_19881011\\_european-parliament.html](http://www.vatican.va/content/john-paul-ii/en/speeches/1988/october/documents/hf_jp-ii_spe_19881011_european-parliament.html) (Zugriff am 03.04.2021).



## Impressum

### Alexander Beribes

Alexander Beribes ist seit Dezember 2019 in der Konrad-Adenauer-Stiftung. Er arbeitet in der Abteilung Demokratie, Recht und Parteien als Referent für Europapolitik. Seine berufliche Laufbahn begann er im Sächsischen Landtag, wo er sich mit sozialpolitischen und sicherheitspolitischen Themen befasste. Alexander Beribes studierte Politikwissenschaft an der Technischen Universität Chemnitz und Osteuropastudien an der Freien Universität Berlin. In der Zeit absolvierte er Studienauslandsaufenthalte in Krakau und Prag und sammelte Berufserfahrung in der Zentrale des Auswärtigen Amtes, im Bundesministerium der Verteidigung und in der Stiftung Wissenschaft und Politik. Alexander Beribes ist Altstipendiat der Konrad-Adenauer-Stiftung.

### Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

#### Alexander Beribes

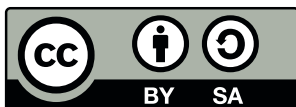
Europapolitik  
Analyse und Beratung  
T +49 30 / 26 696-3906  
[alexander.beribes@kas.de](mailto:alexander.beribes@kas.de)

Postanschrift: Konrad-Adenauer-Stiftung, 10907 Berlin

Diese Veröffentlichung der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. dient ausschließlich der Information. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder -helfenden zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen sowie für Wahlen zum Europäischen Parlament.

Herausgeberin: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2021, Berlin  
Gestaltung & Satz: yellow too, Pasiak Horntrich GbR  
Die Printausgabe wurde bei copy print Kopie & Druck GmbH, Berlin gedruckt.  
Printed in Germany.  
Gedruckt mit finanzieller Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland.

ISBN 978-3-95721-912-1



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>)

Bildvermerk Titelseite  
© shutterstock/Fotophoto